

Klimapolitische Weichenstellung

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise beherrscht seit Monaten die mediale Öffentlichkeit und hat den Klimawandel stark in den Hintergrund treten lassen. Dies ist begreiflich, jedoch sehr kurzsichtig, denn die Folgen des Klimawandels werden die Menschheit weit länger und stärker belasten. Es besteht darum dringender Handlungsbedarf, da das Zeitfenster für langfristig wirksame Maßnahmen nur noch einige Jahre offen sein wird.

Eine große Chance bietet diesbezüglich die 15. Vertragsstaatenkonferenz (COP-15) zur Klimarahmenkonvention, die 1992 in Rio verabschiedet wurde. Sie ist zugleich die 5. Vertragsstaatenkonferenz des Kyoto-Protokolls (MOP-5). Das Treffen findet vom 7. bis 18. Dezember 2009 in Kopenhagen statt und muß wichtige klimapolitische Weichenstellungen vornehmen, die zugleich weitreichende Folgen für die Entwicklungschancen armer Länder und Menschen haben werden. Ziel ist ein umfassendes Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2012, worauf sich die Staatengemeinschaft auf der Klimakonferenz in Bali 2007 (COP-13) geeinigt hat. Ein Erfolg der Konferenz ist freilich alles andere als sicher, denn es gibt noch viele, fast unüberwindbar scheinende Hürden.

Wie dringlich ein schnelles und entschlossenes Handeln ist, zeigen fast alle aktuellen Studien zum Klimawandel. Neueste Daten zum Eisschwund in der Arktis oder zu Temperaturrekorden in den Ozeanen zeigen, daß der Klimawandel noch weit dramatischer verläuft als bisher angenommen. Die Leitplanke der Europäischen Union, eine Erhöhung der globalen Mitteltemperatur auf mehr als maximal zwei Grad Celsius auf jeden Fall zu verhindern, auf die sich auch das jüngste G-8-Treffen in L'Aquila verpflichtet hat, halten viele Klimaforscher heute für unzureichend. Aber schon dieses Ziel würde bis 2050 eine Halbierung der globalen Treibhausgase, bezogen auf das Basisjahr 1990, erfordern. Die Industrieländer müßten ihre Kohlendioxidemissionen sogar um 80 Prozent senken, allein bis 2020 um 30 bis 40 Prozent. Manche Ökonomen und Politiker halten dagegen aus ganz unterschiedlichen Gründen bestenfalls eine Zielmarke von drei Grad Celsius für realistisch. Der Klimawandel mit seinen verheerenden Folgen verläuft freilich nach physikalischen Gesetzen, die keine Rücksicht auf ökonomische Argumentationen nehmen.

Ein Erfolg in Kopenhagen verlangt eine enge Kooperation sehr vieler und vielfältiger Akteure. Eine Schlüsselrolle spielen dabei – neben den Industrieländern als Hauptverursachern – Schwellenländer wie China und Indien. Diese Länder haben zwar nach wie vor einen vergleichsweise geringen Ausstoß an Kohlendioxid pro Kopf der Bevölkerung, allerdings sind ihre gesamten Treibhausgasemissionen sehr hoch und schnell ansteigend, vor allem – wie etwa im Fall von Indonesien oder Bra-

silien – aufgrund von Zerstörung des tropischen Waldes, der Kohlendioxid speichert.

Ein entscheidender Verhandlungspunkt werden die Entwicklungsinteressen der ärmeren Länder sein, die nicht vernachlässigt werden dürfen. Sie sind mit gutem Recht nicht bereit, auf Wirtschaftswachstum und steigenden Wohlstand zu verzichten. Dafür brauchen sie ausreichend Energie, was aber beim jetzigen Vorrang fossiler Energie (Öl, Gas, Kohle) unvermeidlich den Klimawandel beschleunigen würde. Insofern ist der Zugang zu alternativen Energieformen von strategischer Wichtigkeit, zumal in den kommenden Jahren erhebliche Investitionen in diesem Sektor getätigt werden. Die gewählten Energiepfade werden jedoch auf lange Zeit kaum revidierbar sein.

Als Leitschnur für die Verhandlungen kann das Prinzip „gemeinsame, aber differenzierte Verantwortlichkeit“ dienen, von dem die Rio-Deklaration 1992 spricht. Es verweist darauf, daß die Industrieländer eine erheblich größere Verantwortung tragen: erstens, weil sie zumindest faktisch seit langem auf Kosten des Klimas leben; zweitens, weil nur sie über die technologische und finanzielle Leistungsfähigkeit für eine effiziente Klimapolitik verfügen; und drittens, weil nur sie – und die Reichen in der Dritten Welt – ihren Lebensstandard umstellen können, ohne auf Wohlstand verzichten zu müssen.

Anzustreben ist ein „Global Deal“, der all diese Gesichtspunkte und die unterschiedlichen Interessen auszugleichen versucht. Dieser Deal muß folgende Elemente enthalten: effektive Instrumente zur Reduktion der Kohlendioxidemissionen, wobei es gute Argumente für einen Emissionshandel gibt; Förderung klimafreundlicher Technologie (besonders für bessere Energieeffizienz) und des Technologietransfers in Entwicklungsländer; ein Abkommen zum Schutz vor allem tropischer Wälder; Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels; mehr Mittel für die Entwicklungspolitik und Armutsbekämpfung, auch unabhängig vom Klimawandel. Letztlich geht es dabei immer auch um Finanztransfers in die Länder des Südens.

Über all diesen Verhandlungen auf globaler Ebene darf man freilich nie vergessen, daß die Hauptopfer die Armen sind, die über wenig Möglichkeiten verfügen, sich an die heute schon nicht mehr vermeidbaren Folgen anzupassen. Die Stärkung des Handlungsvermögens der Armen sollte darum im Mittelpunkt stehen. Es ist zu begrüßen, daß das Hilfswerk Misereor diese Thematik in seinen Fastenaktionen aufgreift. In diesem Zusammenhang fördert es die Partizipation der Menschen vor Ort, etwa in Dialogforen, die in den letzten Monaten auf allen Kontinenten stattgefunden haben.

Der Klimawandel mit seinen Folgen ist auch für alle Religionen, nicht zuletzt die christlichen Kirchen, eine gewaltige Herausforderung; denn er hat erhebliche ethische Implikationen, worauf das Papier „Der Klimawandel: Brennpunkt globaler, intergenerationeller und ökologischer Gerechtigkeit“ der deutschen Bischöfe von 2006 verweist. Man hätte sich gewünscht, daß diese gerade für die Armen folgenreiche Klimakrise in der neuen Sozialzyklika – über die allgemeinen Ausführungen zur Schöpfungsverantwortung (CiV 48–51) hinaus – etwas mehr Aufmerksamkeit gefunden hätte.

Johannes Müller SJ